

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Der Landbote. 1849-1934
1931**

160 (13.7.1931)

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Feiertage.

Begugs-Preis:

Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger und unsere Aus-
träger frei ins Haus

monatlich Goldmark 1.60

Der Bezugspreis ist im Vorau-
zu entrichten.

In Fällen von höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Liefer-
ung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises.

Geschäftszeit 1/28 bis 5 Uhr

Sonntags geschlossen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 465

Postcheck-Konto

Karlsruhe Nr. 6903

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Gegr. 1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Höchste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt

Wöchentl. Beilagen: Ein Blick in die Welt • Die Brunnenstube • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- u. Landwirtschaft

M 160.

Montag, den 13. Juli 1931.

Anzeigen-Preise:

Anzeigen: Die 33 mm breite

Millimeter-Zeile 6 Goldpf.

Reklamen: Die 92 mm breite

Millimeter-Zeile 20 Goldpf.

Grundchrift im Anzeigen- und

Textteil ist Petit.

Bei Wiederholungen: tarifester

Rabatt, der bei Nichtabnahme

innerhalb 8 Tagen nach Red-

nungsdatum oder bei gerichtlicher

Betreibung erhält.

Anzeigen-Ausnahme bis 8 Uhr

vormittags; größere Anzeigen

müssen am Tage vorher auf-

gegeben werden.

Bank-Konto

Vereinsbank Sinsheim

e. G. m. b. H.

92. Jahrgang

Reichsregierung fordert Unterstützung.

Berlin, 12. Juli. Das Reichskabinett hat sich nach Beratungen, die in der Nacht zum Sonntag bis 2 Uhr dauerten, den ganzen Sonntag in Anspruch nahmen und auch noch die ersten Nachtkunden zum Montag ausfüllten, zu einem sofortigen Eingreifen in die Devisen- und Goldmarkthölle entschlossen.

Das geschieht: 1. Durch eine Zusammenfassung der maßgebenden deutschen Banken unter Garantie des Reiches auch für die Geschäftsführung, so daß Gewähr für eine Überbrückung der augenblicklichen bankmäßigen Schwierigkeiten in einigen Unternehmungen und für eine gefundene Geschäftsführung gegeben ist. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahme nicht ohne eine gewisse Aufsichts- und Kontrollbefugnis des Reiches getroffen werden kann. 2. Durch eine Neuordnung des Devisenverkehrs, die es unmöglich macht, für andere als rein wirtschaftliche Zwecke fremde Geldsorten anzukaufen. Dadurch wird die Reichsbank in jedem Einzelfalle eine Nachprüfung der Devisenforderungen ermöglicht und es wird ihr das Recht gegeben, ungerechtfertigte Devisenforderungen zurückzuweisen, während sie bisher zur Entlösung der Reichsbanknoten in Gold oder Devisen unbedingt verpflichtet war.

Diese Maßnahmen sind begleitet von einer Erklärung der Reichsregierung, in der das deutsche Volk auf die drohenden Gefahren einer akuten Wirtschaftskrise hingewiesen und ermahnt wird, die Reichsregierung in ihrem Kampf um die Sicherung wirtschaftlicher Stabilität in Deutschland zu unterstützen.

Die von dem Kabinett getroffenen Maßnahmen sollen selbstverständlich nur für eine Übergangszeit gelten, während deren Dauer es ermöglicht werden soll, in größerem Umfang ausländische Kredite hereinzunehmen. Durch den Eingriff in das Bankwesen soll vor allem die Vertrauenskrise beendet werden, die bis jetzt immer wieder zur Zurückziehung ausländischer Kredite führte.

Die Kontrolle der Devisenforderungen soll ermöglichen, für die unbedingt notwendigen wirtschaftlichen Zwecke die im Reich vorhandenen Devisenbestände, auch soweit sie sich in Privathänden befinden, bereit zu stellen. Die Maßnahmen des Reichskabinetts sind eingesetzt worden, nach sehr genauer Unterrichtung der Leiter der Großbanken, die an den verschiedenen Städten der Verhandlungen aktiv mitgewirkt haben.

Auch die ausländischen Notenbankleiter sind von diesen Maßnahmen schon unterrichtet worden, da als Stellvertreter von Dr. Luther Ministerialrat Ende vom Reichsbankdirektorium nach Basel geflogen und die dort versammelten Leiter der ausländischen Notenbanken über die Entschlüsse des Kabinetts unterrichtet hat.

Die Reichsregierung vor schweren Entschlüssen.

Berlin, 12. Juli. Der Reparationsausschuß des Reichskabinetts hat Samstagabend und Sonntag mit kurzen Unterbrechungen getagt.

Neben den inneren Finanzmaßnahmen läßt sich zur Stunde natürlich noch nichts Positives sagen. Bei den Entscheidungen des Kabinetts werden selbstverständlich die Ansichten der führenden Bankleute, die am Sonntag wieder in Berlin zusammengetreten sind, maßgebend sein. Es darf bereits als feststehend bezeichnet werden, daß ein inneres Moratorium nicht in Frage kommt, dagegen dürfte mit Maßnahmen zur Verhinderung des Devisen- und Goldabflusses in irgendeiner Form zu rechnen sein. Eine allgemeine Devisensperre würde allerdings wegen des Youngplans einige Schwierigkeiten bieten, da das Reichsbankgesetz in den Youngplan hineingebaut ist. Immerhin muß die Möglichkeit einer Änderung des Bankgesetzes ins Auge gesetzt werden. Es verdient in diesem Zusammenhang betont zu werden, daß gerade die Amerikaner in der Frage der Kapitalflucht immer noch ein gewisses Hindernis für den erfolgreichen Abschluß der schwedenden Kreditverhandlungen sehen.

Berlin, 12. Juli. Wie wir erfahren, dürfen noch am Sonntagabend die Entschlüsse des Reichskabinetts fallen. Bis Mitternacht war sich das Kabinett noch nicht schlüssig. Wie man hört, handelt es sich um Maßnahmen zur Regelung der Verhältnisse auf dem Devisenmarkt, weiterhin um eine Art Reichscharakter für Schwierigkeiten gegenwärtig stehende Banken und schließlich um einen erneuten Aufruf der Reichsregierung, in der die moralische Résist der gesamten Angelegenheit vom nationalen Standpunkt aus noch einmal dargestellt werden dürfte. Unabhängig von diesen inneren politischen Maßnahmen laufen selbstverständlich die Verhandlungen mit den ausländischen Stellen weiter.

Wie wir erfahren, wird Reichsbankpräsident Luther zunächst nicht zur Sitzung der B.I.B. nach Basel fahren, da seine Anwesenheit in Berlin erforderlich ist. An seiner Stelle ist am Sonntag um 12.10 Uhr Geheimrat Bode im Flugzeug nach Basel abgereist. Ob der Reichsbankpräsident später noch nach Basel nachfahren wird, hängt von dem Verlauf der zur Zeit in Berlin stattfindenden Verhandlungen der maßgebenden Stellen ab.

Luther erstattet dem Kabinett Bericht

Berlin, 13. Juli. Reichsbankpräsident Dr. Luther erstattete sofort nach seiner Rückkehr am Samstag aus Paris im Rahmen einer Ministerberatung dem Kabinett Bericht über das Ergebnis seiner Besprechungen in London und Paris. Es bestätigt sich, daß von französischer Seite für die Mitarbeit an der Stabilisierung der Finanzverhältnisse in Deutschland eine Reihe von politischen Forderungen aufgestellt worden ist. Am ausländischen Stelle läuft man jedoch keinen Zweifel darüber,

dah das Reichskabinett mit der gesamten deutschen

Öffentlichkeit in der Ablehnung derartiger Forderungen einig ist. Man versteht überhaupt nicht, wie in einer derartig kritischen Lage, die die Verhältnisse der übrigen Welt ebenso berührt, wie die Verhältnisse Deutschlands, und in der es sich nicht um Almosen oder Wohlfahrtspenden, sondern um dringend notwendige Maßnahmen im Interesse der gesamten deutschen Weltwirtschaft handelt, die Gelegenheit benutzt werden kann, um von dem der Krise am meisten betroffenen Land politische Ansprüche zu erpressen, die mit einer Aussicht einer politischen Selbstständigkeit gleichbedeutend sein müchten. Was die Röllution angeht, so erscheint es als unerhörte Rumunia, in ein vor dem Internationalen Gerichtshof schwedendes Verfahren einzutreten, dessen Urteilspruch für die übrige Welt genau so makabrig sein mühte wie für Deutschland.

Der Bau des Panzerschiffes B ist dagegen nur eine Folge des Verfaulter Vertrages, und Deutschland nicht gewollt hat. Auch Fragen des deutsch-französischen Handelsvertrags sollten mit der Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise nicht in Zusammenhang gebracht werden.

Was die zu treffenden Maßnahmen der Reichsbank an-

geht, um von sich aus den Devisenabfluß zu bekämpfen und der gegenwärtigen Entwicklung an der Börse Einhalt zu tun, so wird selbstverständlich die Reichsbank schon in ihrem eigenen Interesse alles Nötige hierzu veranlassen, ohne daß einer ausländischen Forderung zu bedürfen.

Eine Erklärung Luthers

Gegen Überreibungen.

Köln, 13. Juli. Reichsbankpräsident Dr. Luther hat auf seiner Rückreise in Köln folgende Erklärung abgegeben:

Ich habe während des Fluges von Paris nach Köln in einem Teil der Presse phantastische Zahlen gelesen, die ich als Kredit- oder Anleihemärkte in London und Paris gekannt haben soll. Die maßgebenden ausländischen Persönlichkeiten, mit denen ich gesprochen habe, werden darüber nicht weniger erstaunt gewesen sein als ich, da sie genau wissen, daß ich mich mit meinen Darlegungen in einfachen, alle Überreibungen vermeidend Gedanken gehalten habe und daß ich garnicht daran denke, einer Kreditinflation das Wort zu reden. Worauf es für Deutschland jetzt kommt, ist lediglich die Wiederherstellung einer seien und richtigen Grundlage. Die phantastischen und irreführenden Zahlen scheinen dadurch entstanden zu sein, daß verschiedene Lösungsvorschläge, die als redaktionelle oder private Ausschüsse in einzelnen Zeitungen erschienen sind und an deren Addition niemand in Deutschland gedacht, in einem Teil der ausländischen Presse zusammenaddiert sind.

Verschärfung der Lage am deutschen Devisenmarkt.

Berlin, 12. Juli. Die Verschärfung der Kreditaktion der Reichsbank hat zu einer wesentlichen Verschärfung der Lage am Devisenmarkt beigetragen. Man schätzt die vorliegenden Devisenforderungen auf wenigstens 100 Millionen. Als die Hauptplätze, von denen die Devisenzüge kommen, werden die Schweiz und Holland angesehen. Man glaubt die Feststellung machen zu können, daß neben französischen Geldgebern, die hinter dieser Bewegung stehen, neuerdings auch deutsche über diese Plätze nach Deutschland zurückfliegende Gelder zurückgezogen werden. Auch sonst liegen Anzeichen dafür vor, daß deutsche Kapitalflüchtlinge nicht ganz an der neuerrlichen Bewegung unbeteiligt sind. Die Reichsbank hat bereits Anweisungen gegeben, die auf eine Verschärfung der Restriktionsmaßnahmen hinauslaufen. Wenn auch soweit wie eben möglich, einstweilen noch an einer individuellen Handhabung festgehalten wird. Die Nachricht, daß amerikanische Bankkreise bereit sind, einen 200-Millionen-Dollarkredit zu gewähren, führt keine phantastischen Wirkungen aus, weil dieser Kredit nur als die Beteiligung eines größeren Kredites, zu dem England und Frankreich beitragen sollen, betrachtet wird.

Die Börse war Samstag unter dem Einfluß der neuen Devisenabflüsse stark verlaufen, bei Kursschwächungen von 6 bis 8 v. H. gegenüber den Anfangskursen. Ein Baisseangriff auf die Großbankaktien mit dem augenblicklichen Ziel, die Kurie unter Pariser beruhigen zu drücken, wurde jedoch abgeschlagen. Die Reichsbank sieht sich angesichts der neuen Verschärfung der Lage vor der Notwendigkeit weiterer schärferer Maßnahmen, die voraussichtlich unmittelbar nach der Rückkehr Dr. Luthers zum Gegenstand der Besprechungen gemacht werden dürften.

Verschärfte Kreditrestriktionen der Reichsbank

Berlin, 13. Juli. Im Hinblick auf die bereits gemeldeten stärkeren Devisenzüge hat sich die Reichsbank gewünscht, zu verstärkten Restriktionen zu schreiten, indem sie dazu übergegangen ist, die bisher geöffnete individuelle Handhabung infolge einer schärferen Zuteilung weichen zu lassen, als man nun mehr nur noch eine ganz bestimmte Gruppe von Wechseln berücksichtigt. Daraüber hinausgehende Maßnahmen sollen vorerst nicht berücksichtigt sein, insbesondere soll von einer Devisennotverordnung, die vielleicht geplant gewesen sein soll, in der Direktorsitzung am Samstag nicht die Rede gewesen sein.

Die Reichsregierung verständigt telegraphisch die übrigen Regierungen über den Stand der Dinge

Ein neuer Schritt Hoovers.

Berlin, 13. Juli. (Drahtbericht.) Wie verlautet, hat die Reichsregierung in Telegrammen sämtliche am Hoover-Schritt beteiligten Regierungen über den Stand der Dinge unterrichtet.

Wie hieraus aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, wurde in diesem Zusammenhang eine neue Aktion mit Hoover bevorstehen.

Der deutsche Schritt in Paris

Paris, 13. Juli. Der deutsche Botschafter von Hoessl stattete am Sonntagvormittag im Auftrage der Reichsregierung dem Generalsekretär des Außenamtes, Barthélémy, bei den abwesenden Außenminister vertritt, einen Besuch ab. Botschafter von Hoessl wies auf die außerordentlich kritische Finanzlage Deutschlands hin, so wie sie sich nach den letzten Verhandlungen und Ereignissen ergeben hat, und erwähnte dieseigenen Maßnahmen, die geplant erscheinen, die augenblickliche Krise durch eine gemeinsame Aktion aller am Youngplan interessierten Länder zu beenden.

Der Schritt des deutschen Botschafters ist vorläufig ohne jede Wirkung geblieben, da sich fast alle französischen Minister außerhalb der Hauptstadt befinden, um auf ihren Landätern oder an der See die Nationalfeiertage zu verbringen. Die Unterredung des Botschafters mit dem Generalsekretär des Außenamtes mußte sich daher auf den letzten Feiertag des Nationalfeiertages in Deutschland und in Frankreich beschränken, wobei Barthélémy bereits vom französischen Finanzminister gesagt worden war.

Es muß hierbei festgestellt werden, daß die Forderungen politischer Garantien von französischer Seite bisher in der der in der deutschen und französischen Presse zum Ausdruck gekommenen Form nicht gestellt worden sind. Der französische Finanzminister hatte wohl auf den Eindruck hingewiesen, den der Bau der Panzerkreuzer und der deutsch-österreichische Zollunionssgedanke in Frankreich gemacht hätten und hatte immer wieder betont, daß die dringende Notwendigkeit bestehe, daß sich Deutschland und Frankreich einmal in aller Öffentlichkeit über alle diese Fragen zusammenträchen, damit die Atmosphäre endlich beruhigt würde.

In Pariser auftreffenden Kreisen ist man von der außergewöhnlichen Nervosität in Berlin überzeugt. Man weiß darauf hin, daß Ruhe gerade im Augenblick die erste Bürgerlichkeit sei. Wenn jedoch die Panik der letzten Tage noch stärker um sich reise, so müßt man damit rechnen, daß Frankreich die deutsche Lage ausnutze, um Devisengewinne aufzuzwingen, die vielleicht noch über das hinausgehen, was man bisher annahme. Am Augenblick sei ein entscheidender Schritt von Frankreich kaum zu erwarten, da sich die Feier des Nationalfeiertages bis zum Dienstag erstrekt und bis dahin in politischen Kreisen sonnige Ruhe herrsche.

Die Abendpresse bestätigt sich lebhaft mit den Ereignissen der letzten 24 Stunden. Die Kommentare äußern läßlich in den überspannten Garantieforderungen. Man hat den Eindruck, als ob Frankreich nun endlich seine Stunde für gekommen hält, die in letzter Zeit stark zurückgedrängt wurde. Garantie durchzusetzen. Die "Liberte" vergleicht die augenblickliche Lage in Deutschland mit den letzten Aktionen eines angelassenen Tieres, das sich noch einige Male erhebt, um dann endgültig zusammenzubrechen.

England bekennt sich zur Weltabrüstung.

Die Friedens- und Arüstungskundgebung in London

Stinkbomben gegen Macdonald.

London, 13. Juli. Die große Friedens- und Arüstungskundgebung in der Albert-Hall begann mit einem Zwischenfall. Eine Frau erhob sich plötzlich und warf auf den Ministerpräsidenten Macdonald mit Stinkbomben. Eine Bombe fiel ganz dicht bei Lloyd George nieder, wo sie explodierte. Die Saalwächter stürzten sich auf die Frau und entfernten sie aus dem Saal, wobei diese heftigen Widerstand leistete und noch weitere Stinkbomben warf.

Es hatten sich rund 6000 Menschen in der Albert-Hall versammelt, um die Reden Macdonalds, Lloyd Georges und Baldwins zu hören, die außerdem durch Lautsprecher in den Hyde-Park übertragen wurden. Die Arüstungsfreunde hatten sich gegen Mittag an den Ufern der Themse versammelt und marschierten in geöffnetem Zug zur Albert-Hall. In dem Zug sah man auch eine Gruppe von 50 Frauen, die die Mitgliedsstaaten des Völkerbundes darstellen und deren Landesfarben trugen. Ferner nahmen religiöse Gesellschaften, Friedensvereinigungen, Kinder und Arbeitslose an dem Zug teil. Das diplomatische Korps war in der Albert-Hall zahlreich vertreten.

Feldmarschall Sir William Robertson eröffnete die Kund-

gebung mit einer Ermahnung an die Staatsleute, die gegenwärtige Stimmung in der Welt auszunehmen und Maßnahmen zur Verhütung zukünftiger Schlägereien zu treffen.

Macdonalds Rede war populär abgestimmt. Er erklärte, die Abrüstung müsse auf Grund internationaler Abkommen erfolgen. England könnte allein nicht weiter abrüsten.

Sicherheit ergebe sich nicht aus Rüstungen, sondern dadurch, daß man die Ursachen befreie, die bisher zu Kriegen geführt hätten.

Um seiner Ehre willen sei England verpflichtet, alles zu tun, um bei der nächsten Abrüstungskonferenz eine Herabsetzung der Rüstungen herbeizuführen. Baldwin wies auf die Verpflichtungen hin, die England auf Grund der Verträge hinsichtlich der Abrüstung habe. Lloyd George erinnerte ebenfalls an die bestehenden Verträge und unterstrich die bisherigen Bemühungen Englands, sprach von der großen Arbeitslosigkeit, die eine Folge des Krieges sei, erwähnte die hohen Rüstungsausgaben in der letzten Zeit und erklärte zum Schluß, Abrüstung sei nur möglich, wenn die Menschen wirklich den Krieg aus innerstem Herzen abschneiden.

Unter großem Beifall wurde dann eine Entschließung angenommen, die die kommende Abrüstungskonferenz begrüßt und die Regierungen auffordert, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um eine wirkliche Heraushebung der Armeen, der Flotten und der Flugstreitkräfte der Welt herbeizuführen.

England lenkt ein

Will die deutsche Regierung trotzdem nachgeben?

London, 13. Juli. Der "Daily Herald", der offenbar mit Schreden gesehen hat, daß seine Forderungen auf Einstellung der deutschen Kriegsschiffsbauten und auf Verzicht der österreichisch-deutschen Böllunion die Brüderregierung aufschwerten, versucht nun in einem Leitartikel sich aus der schwierigen Lage wieder herauszuwinden, ohne allerdings die Forderungen grundsätzlich aufzugeben. Er bedauere, so heißt es, aufs tiefste, daß seine Bitte an Deutschland zu einer europäischen Zusammenarbeit von der Berliner Presse teilweise schlecht aufgenommen worden sei. Man habe seine Forderungen als eine Unterstützung der französischen Forderung nach politischen Garantien als Gegenleistung für eine finanzielle Unterstützung ausgelegt.

Mit allem Nachdruck wolle er aber jetzt sagen, daß sein Vorschlag in keiner Weise die französische Forderung unterstützen. Das Gegenteil sei der Fall. Einen Versuch, die gegenwärtige Krise entweder zur Expression von politischen Forderungen oder zum Differieren von Bedingungen auszunutzen, betrachte er als abschrecklich und zwecklos.

Diese Gedanken seien im Geiste von Versailles entstanden, gegen den der "Daily Herald" und die englische Arbeiterschaft dauernd angekämpft hätten. Deutschland müsse frei von jedem Zwange sein, aber, so folgert nun der "Daily Herald" in der bekannten Art der Engländer, gerade deswegen ersuche er Deutschland von einem der stolzesten Rechten der Freiheit Gebrauch zu machen und freiwillige Dienste zum besten der Allgemeinheit zu leisten.

Der diplomatische Korrespondent des "Daily Telegraph" ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die englische Regierung nicht versucht habe, irgendwelche politischen Bedingungen zu stellen, die von Deutschland als Voraussetzung für eine finanzielle Hilfe erfüllt werden müßten. Sie habe vielmehr — als das von anderer Seite gefordert worden sei — energisch abgelehnt, wie es auch von Amerika geschehen sei.

Es sei noch garnicht allgemein bekannt, so meldet der Berliner Vertreter der "Times", daß diese beiden Forderungen — Einführung der Kriegsschiffsbauten und Aufschluß der österreichisch-deutschen Böllunion — nur zwei Punkte einer Liste seien, die auch die deutsche Zustimmung zu einem Ost-Argano unter Berücksichtigung der deutschen Ostgrenze enthielten.

Die Berliner Korrespondenten der Londoner Zeitungen, sowie Reuter legen ausführlich die Gründe dar, die von amtlicher deutscher Seite gegeben werden, um zu beweisen, daß die Brüderregierung diese politischen Forderungen nicht annehmen könne. Sie betonen durchweg, daß das den Selbstmord der deutschen Regierung bedeuten würde. Gleichzeitig aber deuten sie an, daß man in Berlin nachgeben wolle. Man könne sich denken, so sagt der "Times"-Korrespondent, daß im Falle einer günstigen Entscheidung des Haager Gerichtes der Vorschlag der Böllunion nicht weiter energisch verfolgt werde, wenn die wirtschaftliche Entwicklung

lung in Europa einen bestimmten Kurs nehme. Im gleichen Sinne berichtet der Korrespondent des "Daily Telegraph".

Amerika will eine deutsche Finanzkatastrophe verhindern

New York, 13. Juli. Die Washingtoner Regierungskreise planen, wie am Sonntag offiziell durchsickert, die Mobilisierung der amerikanischen Finanzen zum Zwecke einer Verhinderung der deutschen Finanzkatastrophe. So läßt, wie die "New York Herald Tribune" schreibt, die Welt einen deutschen Banker nicht leisten kann.

Auch sei es praktisch unmöglich, daß die Pariser Regierung für eine Kredithilfe weitere Ausständnisse erhalte.

Präsident Hoover, der wiederum im Wochenendlager weilt, steht in ständiger telefonischer Verbindung mit der Bundesbankstadt.

In New York wurden nichtamtlich drei Möglichkeiten einer Finanzhilfe erwogen: 1. Unbeschränkte Kredite der Federal Reservebank New York an die Reichsbank entweder direkt oder indirekt durch Wechselhonoring. 2. Gemeinsame Gewährung großer Darlehen durch private Finanzinstitute und 3. indirekte Kredite durch die Bank von England.

Trotzdem besteht aber die Vermutung, daß Hoover beim Federal Reserveamt einen Schritt unternehmen wird, um eine deutsche Katastrophe zu vermeiden.

Auch Italien verzichtet auf die am 15. Juli fällige Reparationsrate

Rom, 13. Juli. Im Erwartung der durch die Londoner Sachverständigenkonferenz am 17. Juli vorzunehmenden Regelung der Durchführung des Hooverfestsabres hat die italienische Regierung beschlossen, die am 15. Juli fällige Rate der deutschen Reparationen einzusparen. Sie folgt damit ihrem gleichen Beschuß bezüglich der am 1. Juli fälligen Rate. Der Beschuß ist der B.I.G. vom italienischen Finanzminister und den interessierten Regierungen vom Außenminister mitgeteilt worden. Die italienische Regierung hat ferner die Einladung zu der Londoner Sachverständigenkonferenz angenommen.

Mussolini warnt die Völker Europas vor dem kommenden Winter

London, 13. Juli. In der "Saturday Review" befürchtet Mussolini in einem hochpolitischen Artikel mit den Notwendigkeiten der Gegenwart und kritisiert außerordentlich scharf die schwämmischen Methoden von Gent und den Mangel an individueller Charakterstärke bei den Finanzleuten der Gegenwart. Weiter weist er darauf hin, daß nach den Verhandlungen in Genf über die Wirtschaftsfragen Europas der Zusammenschluß der österreichischen Kreditanstalt als schwerer Schlag gefommen ist und daß bei der Rettung Österreichs der Völkerbund seine Aufgabe nicht erfüllt habe.

Mussolini warnt dann die Völker Europas vor dem kommenden Winter und der bolschewistischen Gefahr, wobei er besonders bedauerlich empfindet, daß deutsche landwirtschaftliche Verbände sich zum Kommunismus bekannt haben. Es darf keine Zeit mehr mit Reden verloren werden, sondern es muß sofort und energisch gehandelt werden. Abgesehen davon wende er sich ganz besonders an England, das den kommenden Ereignissen die größte Aufmerksamkeit schenken müsse.

Wenn noch ein Winter des Elends und der Not über Deutschland und Europa hereinbreche, so sei der größte Teil Europas dem Bolschewismus verschollen.

Das Jahr 1932 bedeute entweder Untergang oder Fortschritt, Entweder Erholung oder Übergang zum Chaos in der Zivilisation. Es sei notwendig, daß sich die Welt den ungeheuren Ernst der augenblicklichen Lage vor Augen halte.

Montague Normans Vorbesprechungen in Basel

Basel, 13. Juli. Der Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, hatte am Samstag in Basel verschiedene Besprechungen mit der Direktion der B.I.G. und den Leitern der einzelnen Abteilungen über die gesamte gegenwärtige Lage, die durch die ablehnende Haltung der Franzosen gegenüber den Vorschlägen und Anliegen Dr. Lüders noch schwieriger geworden ist. Es ist zu hoffen, daß der Ernst der Lage die verschiedenen Regierungen veranlassen wird, den Notenbankpräsidenten zu den am Sonnagnachmittag in Basel beginnenden Vorbesprechungen noch eine größere Beweglichkeit zu gewähren und sie mit besonderen Zugeständnissen

auszustatten. Eine Verlängerung und Erweiterung des deutschen Ausfallskredits von 100 Millionen Dollar ist zu erwarten. Jedoch eilen die aus London gemeldeten Angaben über Höhe und Dauer den Tatsachen weit voraus.

Montague Norman bemüht sich auch um das Problem der Ausgleichskredite, für deren Verwirklichung Deutschland jetzt durch die Ausfallbürgschaft der Industrie die Grundlagen geschaffen hat.

Die Frage der Schaffung eines Fonds zur Unterstützung der kleineren Reparationsgläubiger, deren Budget durch den Hooverplan zu stark in Mitleidenschaft gezogen wird, mit Krediten dürfte wenig Schwierigkeiten bereiten. Die Umsatzziffern und Liquidität der B.I.G. haben im Laufe des ersten Geschäftsjahrs eine solche Zunahme erfahren, daß die Unterbrechung der Reparationszahlungen heute nicht mehr derart ins Gewicht fällt.

Frankreichs Anleihebedingungen

Paris, 13. Juli. Aus wirtschaftlichen Kreisen, die der Bank von Frankreich nahestehen, verlautet am Samstagvormittag, daß in London und Paris folgender Plan für die finanzielle Unterstützung Deutschlands ins Auge gefaßt worden sei:

1. Bewilligung neuer kurzfristiger Kredite an die Reichsbank, um dann in der Zwischenzeit eine gründliche Untersuchung der finanziellen Lage des Reiches durch eine Kommission des Europäischen Ausschusses vorzunehmen. Die Untersuchung soll im August eingeleitet und der Bericht dem Europaausschuß im September unterbreitet werden.

2. Falls die Untersuchung zu befriedigenden Ergebnissen führt und die von den Gläubigern aufgeschobenen Empfehlungen vom Reich angenommen werden, soll dem Reich eine langfristige Anleihe bewilligt werden.

Schon die Bewilligung der kurzfristigen Kredite wäre natürlich an die Annahme der bekannten politischen Bedingungen geknüpft. Am Sonntag wurde Dr. Luther die Antwort der Reichsregierung dem Gouverneur der Notenbank in Basel übermittelt. Frankreich hat seine Beteiligung an diesem Plan von der Mitarbeit der englischen und amerikanischen Banken abhängig gemacht.

Großes Aufsehen hat in Paris die Nachricht erregt, daß Henderson angeblich dem deutschen Botschafter in London die Forderung der Preisgabe des Böllkommens mit Österreich und der Einstellung der Erfahrbauten für die alten deutschen Einrichthäuser unterbreitet habe. Henderson habe, so behauptet man hier, dieser Forderung die Begründung gegeben, daß ihre Erfüllung zur Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen notwendig sei.

Ein Aufruf des Stahlhelms.

Berlin, 10. Juli. Die Bundesführer des Stahlhelms, Seldte und Düsterberg, erlassen einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: "Die Hooveraktion hat ihren Zweck nicht erreicht. Sie mußte verlängert werden, weil Deutschland ohne eine entschlossene nationale Regierung der französischen Machtpolitik hilflos ausgeliefert ist. Nach wie vor stehen die deutschen Machthaber im Banne einer un durchführbaren Verständigungspolitik mit Frankreich. Schon deshalb vermöchten sie den Grundgedanken des amerikanischen Präsidenten weder aufzugreifen, noch in deutschem Sinne zur Ausführung zu bringen. Heute muß im Regierungslager zugegeben werden, daß wir mit wirtschaftlichen Erleichterungen nicht zu rechnen haben. Das deutsche Volk wird also seine erdrückenden Steuerlasten weiter tragen müssen. Die deutsche Wirtschaft reift dem Schicksal des völligen Zusammenbruchs entgegen. Die großen Köpfe des internationalen Kapitals werden die soziale Not und das Elend des deutschen Arbeiters rücksichtslos steigern. Die Folge davon muß der unaushaltbare Verfall der Familie, die völlige Zerstörung von Sitte und Religion sein. Wegbereiter dieser Entwicklung ist die Sozialdemokratie, deren stärkstes Bollwerk Preußen sei. Dieses Preußen gilt es zu erobern, um das Reich zu retten".

Nach der Enzyklika.

Italien und der Vatikan.

Rom, 10. Juli. Wer in den letzten zehn Tagen sowohl die Ansicht der Kurienkreise als die des Faschismus kennengelernt hat, kann das, was jetzt vorgeht, nur als die natürliche Folge der auf beiden Seiten angejammelten Eritterung erscheinen. Das Rundschreiben vom 4. d. Ms. — für das die faszistische Presse absichtlich das rein kirchliche Wort Enzyklika gebraucht — ist zuerst im Ausland und dann erst in Italien verbreitet worden. Die äußere Aufmachung dabei war in manchen Punkten nicht sehr geschickt. Daß man in Rom den "Osservatore Romano" mit dem Text in der gleichen Stunde hinausgehen ließ, in der die

als die Marchesa die Gittertür ins Schloß drückte.

"Aus Groß-Majedow!" Felizitas fuhr auf.

"Nein, von deiner Mutter aus Caribis und an mich. Da hast du ihn. Du kannst ihn ja nachher lesen, aber ich erst."

"Da scheinen Unannehmlichkeiten drin zu stehen?"

"Ich, ich glaube nicht, daß du dir viel daraus machst."

"So, nun aber raus mit der wilden Katz, Tanting! Hans-Henning von Bronta hat sich verlobt!"

"Man scheint es zu erwarten."

"So?"

"Es kam gleichgültig heraus. 'Tamos, ich scheine mir wirklich nichts daraus zu machen!' dachte Felizitas und würgte an einem Stück Hühnerfleisch, das aber ebenso gut von einer alten Kuh sein konnte.

"Mit wem?" fragte sie dann sorglos.

"Das schreibt deine Mutter nicht. Da ist wohl irgend ein Hausfräulein oder so, die ihn tapern will. Alle Welt soll schon davon reden. Sie schreibt noch, sie und Tante Tönchen wären wütend auf dich, denn du wärst schuld daran, wenn er in sein Unglück rennt."

"Ich?" Felizitas' Lachen klang etwas zu schrill, um von echter Heiterkeit herzuröhren. "Was geht es denn bloß mich an, wen der Groß-Majedower ehelicht!"

"Solltest du es vielleicht sein, Tee?"

"Kann sein! Aber er hat auch so meinen Segen. Was meinst du, Tanting, wenn ich mich nun auch verlobte? Und unsere beiden Verlobungsanzeigen sich dann begegneten?"

"Mache keinen Unsinn, Kind. Die Sache in Groß-Majedow ist doch noch gar nicht perfekt."

"Dann wird meine vielleicht noch eher perfekt; das wäre doch amüsant! — Darf ich aufstehen, Tantchen, ich kann heute beim besten Willen keinen Pudding essen. Seid nicht böse, ich habe noch eine Arbeit an dem Kleid für heute abend vorzunehmen."

"Wehr' dich, Felizitas!"

Roman von Else von Steinkele

29)

"Charlotta!" Aha, da stand ja doch die Anschrift. "Rimm es als Freude, Trost und Hoffnung!" So übersetzte Felizitas die mit Druckbuchstaben gemalten italienischen Worte. Und dann die rot unterstrichen: "Auf Wiedersehen um Mitternacht, Teatro greco."

Also ein Geschenk und eine Rendezvousbestellung für Charlotta. Weiter nichts. Aber wer konnte das sein? Nie sah man Charlotta wie die anderen Mädchen mit einem Burschen aus dem Dorfe. Unberührt von allen bewundernden Blicken schritt sie immer still ihren Weg.

Und nun hier eine richtige Rendezvousbestellung, ganz tisch-dörflich — ein kleines Angebilde, verborgen in einer Mauerriße. Wer weiß, wie oft schon der Amor hier als Besuch für die Kammerzofe funktioniert haben möchte.

Felizitas lachte. Und ausgerechnet hier unter ihren Fenstern — eine ganz verrückte Geschichte war's. Sie sahte den Zettel nochmals auseinander. Druckbuchstaben — also er wollte nicht erkannt sein, falls der Zettel in falsche Hände kam. Also ein Dorfbursche! Ein Fischer war's sicher nicht, auch nicht einer von den Chausseearbeitern. Wenn die überhaupt schreiben könnten, dann doch sicher nicht solo rein italienisch. Aber es gab ja sonst noch alles mögliche an Männlichkeit hier. Kellner, Musstanten Kaufleute, auch vielleicht einer von den Fremden. Obgleich es nie und nimmer möglich war, daß das Mädchen eine vorübergehende Liebelei anfangt. Da steckt etwas Ernsthaftes dahinter. Interessant war die Sache aber auf alle Fälle, sehr interessant sogar, so sandt Felizitas, besonders wenn man sonst so gar nichts hatte, was einem von den eigenen Gedanken ablenkte. Sorgsam verbarg sie das Päckchen wieder an derselben Stelle und setzte sich gerade wieder zurecht, als der Gong im Hause zum Essen rief.

Sie konnte nur noch in ihr Zimmer laufen und sich ein wenig zurechtmachen; dann ging sie ins Zimmer. Onkel und Tante waren schon dort. Auch ein Gast war zugegen, die Marchesa Fiumetti nämlich.

"Du sollst mal wieder tüchtig bummeln, Lizzie! Hier, Frau von Fiumetti will dich verführen!" rief Onkel Eberhard ihr entgegen.

"Gott sei Dank! Ich bin auch schon die reine Klosterfrau!"

Die Marchesa lachte.

"Ich entführe Sie auch in ein Kloster, aber in eins voller Mönche!"

"Domenico? Hurra!"

"Ja, zum Tanztee."

"Heute nachmittag?"

"Nein, der Hitz wegen erst abends von acht Uhr an."

"Wenn sie da nur nicht schimpft, gnädige Frau!"

"Schimpfen? Ach, Sie meinen nicht tanzen, Ezellenz? Das wird schon nicht so schlimm sein. Es sind ein paar nette deutsche Herren da und ein tanzbarer Sohn Albions, und mein Mann ist ja auch da."

"Ist Torresani nicht auch im Domenico?"

"Ja, sehr eifrig sogar, aber er kommt nicht in Betracht;

er steht immer in einem Haufen reicher Amerikanerinnen."

Es klang etwas beabsichtigt. Felizitas beugte sich auf ihren Teller. "Der scheint mich auch nicht mehr haben zu wollen!" ging es ihr durch den Kopf. Aber es war war nicht gerade zum Herzbrechen.

Die Marchesa erhob sich.

"Ich will nun nicht länger hören, wollte auch noch ins Castello", um Fräulein Tampe und den Professor und Frau zu bitten. Die Herrschaften haben doch wohl Spaß vom Zusehen, sind außerdem eine gute Begleitung für Fräulein Felizitas beim Nachhauseweg."

"Das ist mir sehr angenehm."

Ezellenz sah erleichtert aus. Er hatte in seinem Inneren gerade die Frage aufgeworfen, ob er vielleicht in der Nacht das Richtchen abholen müßte.

Nachricht vom Tode des Herzogs von Aosta verbreitet wurde, war eine psychologische Ungeschicklichkeit, die sich hätte vermeiden lassen, da man wußte, daß der Herzog den Tag nicht überleben werde. Daß man absichtlich den Text des Rundschreibens durch Sekretäre ins Ausland schickte, gilt als eine herausfordernde Antwort auf die Beschwerde der italienischen Note, daß der Papst eine nur die Konkordatsauslegung zwischen Italien und der Kurie betreffende Angelegenheit vor das "Weltforum" bringe. Im ganzen ist man aber in den italienischen Regierungskreisen mit Ton und Inhalt der Note nicht unzufrieden: Man ist der Ansicht, daß sich der Papst damit endgültig ins Unrecht setzt.

Diese Auffassung stützt sich nach zuverlässigen Erkundigungen auf drei Momente: 1. Die Italiener (an ihrer Spitze Arnoldo Mussolini im "Popolo d'Italia") erinnern daran, daß die Auffassung des italienischen Staates über Jugendziehung und Jugendverbände sich seit 1925 nicht verändert habe. Und gerade die Auflösung der katholischen Pfadfinderorganisationen 1926 hat ja die Verhandlungen ein Jahr lang unterbrochen. Der Paragraph 43 des Konkordats ist nach italienischer Auffassung deutlich und klar. Die Katholische Aktion darf keine Politik treiben. Das aber hat sie getan. Fraglich ist die Kurie im Unrecht und kann nicht behaupten, daß sich 1931 etwas Neues ereignet habe. Der Staat wird und kann in dieser Frage keinen Schritt zurückweichen, was auch geschehen möge, denn es handelt sich um seine Existenz und seine ganze Grundausfassung.

2. Das Rundschreiben des Papstes ist ohne alle Proportion zur Schwere des Konflikts. Nur gegen Rußland ist die Kurie mit gleicher Schärfe vorgegangen und dieser Vergleich ist bezeichnend. Andererseits hat der Papst ein so scharfes Rundschreiben weder wegen des spanischen Klostersturms, noch wegen kirchenfeindlicher Vorgänge in Mexiko, Litauen oder Lettland erlassen. Das Mifverhältnis ist also klar und absichtlich.

3. Wenn man also den Papst nicht für nervös überreizt halten will, dann gibt es für sein Vorgehen eben nur eine Erklärung: Mussolini hat mit seinem Vorgehen ins Schwarze getroffen und mit der Auflösung der Katholischen Aktion einen weitumfassenden politischen Zukunftsplan der Kirche in Italien zerstört.

Was nun? — Ein Ausland wird in diesen Tagen viel mehr vom Bruch zwischen den beiden Mächten gesprochen als in Italien. Man glaubt nicht an unabänderliche Entschlüsse, weil es bei der Hartnäckigkeit der beiden sich gegenüberstehenden Gemalten auf lange Zeit unmöglich wäre, wieder anzugründen, wenn einmal die Türe wirklich zugeschlagen worden ist. Man darf nicht vergessen, daß Kurie und Italien von 1870—1929 ein halbes Jahrhundert lang sich daran gewöhnt hatten, in derselben Stadt nebeneinander, nicht miteinander zu leben. Das könnte auch ohne offiziellen Bruch neuerdings geschehen, solange die Beziehungen es nötig machen. Vorläufig hat es nicht den Anschein, als wolle Mussolini sich durch die Hestigkeit des Tons der Engzikika zu gewaltiger Antwort hinreissen lassen.

Sehr zu hoffen und zu wünschen ist dabei eines: Dass die ausländischen Katholiken es nicht für etwa notwendig halten, ihrerseits zu der politischen Seite dieses Konflikts für Papst und Kurie Stellung zu nehmen. Was das z. B. für die deutsch-italienischen Beziehungen an der Schwelle des Besuchs eines Zentrumskänglers bei Mussolini bedeuten könnte, braucht man nicht auszuführen. Und aus der erneuten Klage des Fasismus darüber, daß der Papst die Sache vor das Weltforum bringt, kann man erneut, daß Einigung des Auslands, sei es auch nur im Sinn politischer Stellungnahme, als gänzlich unzulässig betrachtet werden würde.

Baden.

Verbot der nationalsozialistischen Parteiuniform.

Karlsruhe, 13. Juli. Amtlich wird gemeldet: Auf Grund des § 8 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. März 1931 hat der Minister des Innern für den Freistaat Baden das Tragen einheitlicher Parteiuniformen oder Bundeskleidung der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, ihrer Unterp. Hilfsz. und Nebenorganisationen, insbesondere der Sturmabteilungen (S.A.), der Schutzstaffel und der Hitlerjugend mit sofortiger Wirkung verboten. Zu dieser Uniform oder Bundesdracht gehören alle Gegenstände, die dazu bestimmt oder geeignet sind, abweichend von üblichen bürgerlichen Kleidung die Zugehörigkeit zu den genannten Organisationen zu kennzeichnen. Zu widerhandlungen werden gemäß § 8 Satz 3 der Verordnung vom 8. März 1931 bestraft.

Die Ausschreitungen und blutigen Zusammenstöße anlässlich des uniformierten Auftretens von Mitgliedern der nationalsozialistischen Arbeiterspartei haben sich zuletzt in letzter Zeit in Baden — und zwar nicht nur in den Städten, sondern besonders auch auf dem Lande — deutlich erhäut, daß ein Vorstiges energetisches Einschreiten erfordert. Anlaß zu diesen Vorkommen war fast durchweg das provozierende Auftreten der Nationalsozialisten in Parteiform. Um weitere derartige Ausschreitungen und Strafungen zu verhindern, blieb nur die Möglichkeit, erneut ein Uniformverbot für die NSDAP zu erlassen. Es darf erwartet werden, daß durch diese Maßnahme die Sicherung von Ruhe und Ordnung im Lande Baden in erhöhtem Maße gewährleistet wird.

Die badischen Staatsfinanzen

Der Rückgang der Reichsüberweisungen ist schuld an der mißlichen Lage.

Karlsruhe, 13. Juli. Wenn das Land Baden in eine mißliche Lage gekommen ist, so röhrt das in erster Linie davon her, daß Baden an Reichsüberweisungen für das Jahr 1931 mindestens 27 Millionen RM. weniger erhält als im Vorschlag auf Grund von Schätzungen des Reiches vorgesehen waren. Die Einnahmen der Forsten aus Holz bleiben gegenüber der vorstichtigen Schätzung des Vorschlags infolge der katastrophalen Lage auf dem Holzmarkt um 7—8 Millionen zurück. Eine Aufnahme von Darlehen für laufende Staatsausweise, Beamtengehälter und dergleichen ist finanziellpolitisch nicht zu verantworten. Das Reich hat jede Hilfe versagt. Es hat im Gegenteil die Länder gezwungen, die Realsteuern zu senken; was für Baden 2,5 Millionen ausmacht. Ferner ist das Land gezwungen, von der Landesbeamten Befolgskürzung entsprechend der Notverordnung des Reichspräsidenten die Hälfte an die Gemeinden abzutreten. Allein diese beiden letzteren Verträge zusammen kommen dem Betrag gleich, der jetzt durch die badische Befolgskürzung hereingebracht werden muß.

Wie die amtliche "Karlsruher Zeitung" hört, beabsichtigt das Staatsministerium in den nächsten Tagen eine genaue Aufstellung des Vermögens- und Schuldenstandes des Landes Baden zu veröffentlichen. Nach der Statrede des Finanzministers Dr. Schmitt vom 14. Januar 1931 beträgt nach vorstichtiger Schätzung das Finanzvermögen des badischen Staates mehr als 400 Millionen RM. Darunter befinden sich das Domänenvermögen und bedeutende Aktienwerte. In dem Betrag von mehr als 400 Millionen RM. ist das Verwaltungsvermögen, z. B. die Hoheits- und Verwaltungsgebäude überhaupt nicht berücksichtigt. Demgegenüber beträgt der

Die Orgelweihe in der evangelischen Stadtkirche.

* Sinsheim, 13. Juli. Nahezu acht Monate war die hiesige evang. Stadtkirche wegen baulicher Veränderungen geschlossen. Nachdem im März d. Js. die Instandsetzungsarbeiten bis auf Weniges, das in letzter Woche noch vollendet wurde, glücklich zu Ende geführt worden waren, konnte die nun in neuem, schönen Gewande erscheinende Kirche wieder der Gemeinde ihre Pforten öffnen. Allgemein war die Freude über das schöne und würdige Gesammt der Kirche. Die Südseite hat zwei weitere gemalte Fenster erhalten, das eine Oster, das andere Pfingsten symbolisierend, durch die gedämpfte Licht in das Kircheninnere flutet. In elsenbeiner Farbe schwimmen Wände und Emporen, während das Gestühl und die Türen in Alteiche gehalten sind. Die Decke hat eine gemalte Verkündigung und das Glockenhaus im Turm mit seiner Spitzbogendecke eine reiche gotische Ornamentik erhalten. Freudliche Geber hatten eine neue Altar- und Kanzelbekleidung gestiftet und der dunkelrote Teppichbelag der Gänge verleiht dem Ganzen Wärme. Man ist immer wieder angenehm berührt von der Schönheit, die nun mehr über das Kircheninnere ausgegeben ist.

Auf die neue Orgel, die das ganze krönt, mußte aber noch längere Zeit gewartet werden. Sie ist erst in der letzten Woche fertig geworden und am gestrigen Sonntag Vormittag im Rahmen eines Feiertagesdienstes eingeweiht und ihrer Bestimmung zugeführt worden. Die mit Blumen festlich geschmückte Kirche vermochte kaum die Besucher alle zu fassen. Unter feierlichem Glockengeläute zog die Geistlichkeit mit dem Kirchengemeinderat durch das Turmtoir ein. Nach dem Eingangsspiel der Gemeinde, das noch mit Harmoniumbegleitung gelungen wurde, sprach der Hoch. Herr Prälat D. Kühlwein in Worte der tiefsten Weihe. Allenthalben enthalte die heilige Schrift die Aufforderung zu singen und auch heute wollen wir eingedenkt sein des Wortes: mein Gott, wir sind bereit zu singen und zu spielen, trotz der großen Not der Zeit. Denn unsere kraftvollsten Lieder sind in Not entstanden. Dazu soll uns die Orgel, das königliche Instrument verhelfen. Die Orgel, die heute viel mehr wie früher dazu berufen ist, mit den Andächtigen ihr Gebet zum Himmel zu schicken, zu intonieren, den Chor und den Gemeindegefang zu begleiten, allein zu singen und zu beten, ist in der Kirche ein unentbehrliches Instrument geworden. Der Oberkirchenrat, welcher der Gemeinde herliche Glück- und Segenswünsche übermittelte lasse und sie grüße, freue sich mit ihr in der Bitte zu Gott, das Werk zu segnen, damit es zu einer Freuden der Gemeinde werde und diese im Glauben erstarke lasse zur Ehre Gottes. Der heutige Freudentag möge allen entgegenrufen: Kommt herzu, siehe es ist alles bereit zum Dienst des Lobes und Dankes. Die Gemeindemitglieder möchten dem Ruf folgen und ihm den guten Willen entgegenbringen: Mein Herz ist bereit.

Nun ließ die Orgel, gespielt von der Meisterhand des Orgelbaukommissars des Evang. Oberkirchenrats Dr. Leib-Heidelberg in rauschenden Tönen ihre bezaubernde Stimme hören,

Schuldenstand von heute etwa 130,5 Millionen RM. Das bedeutet also eine Belastung des Vermögens mit etwa ein Drittel. Die Schulden sind aber im wesentlichen verwendet worden für werbende, unmittelbar produktive Anlagen, die ihrerseits wieder einen aktiven Vermögensstand darstellen, z. B. Kali, Badenwerk, Staatsbrauerei, Wohnungsbaute, Meliorationen, Bodenfultur, Wirtschaftsfonds, produktive Erwerbslosenfürsorge, Klinik, Wohnungsfürsorge, Erwerb der Aktien der Badischen Bank. Die Wohnungsfürsorge allein repräsentiert ein Vermögen von rund 57 Millionen Reichsmark.

Protest der Beamten und der Städte gegen die badische Notverordnung.

Das Landeskartell Baden des Deutschen Beamtenbundes übergibt der Presse eine Protestkundgebung zur Notverordnung, in der es u. a. heißt: "Die jedoch amtlich bekannt gewordene neue Notverordnung der Bad. Regierung hat bei der badischen Beamenschaft zu leidenschaftlichen Protesten geführt und eine nie gekannte grenzenlose Verbitterung und dumpfe Niedergeschlagenheit ausgelöst. In einem Augenblick, in dem durch außenpolitische Ereignisse Vertrauen auf Besserung einkehrte, trug die badische Regierung durch das Notgesetz neue Beunruhigung ins Volk. Sie zerstört u. a. das finanzielle Fundament, auf dem das Volksschulwesen ruht und verursacht hierdurch die bittersten Kämpfe in den Gemeinden, die durch die neue untragbare Belastung ihre unter den schwierigsten Verhältnissen geschaffenen Voranschläge vernichtet sehen. Die Notverordnung zerstört das Vertrauen der Beamten auf Recht und Gerechtigkeit. Sie zeigt aber auch, daß sich die Regierung des gegenwärtigen Treueverhältnisses zwischen Staat und Beamten nicht bewußt ist. Die Beamenschaft hat der Regierung einen geeigneten Vorschlag zur Besserung der Kassensituation gemacht. Die Regierung glaubte, diesen Vorschlag nicht beachten zu sollen. Sie hat die Verantwortung und die Folgen zu tragen."

Der Badische Städteverband und Städtebund haben der badischen Staatsregierung eine Entschließung zugehen lassen, in der sie ihre Bedenken gegen die neue Notverordnung Badens geltend machen und auf die groben Gefahren der weiteren Gehaltskürzung der Beamten hinweisen. Der Bad. Städteverband und Städtebund lehnen das Sonderverfahren der badischen Regierung aber auch aus staatspolitischen Gesichtspunkten grundlegend ab.

Karlsruhe, 13. Juli. Von der Deutschen Volkspartei wird parteiamäßig auffrischend:

Durch verschiedene Blätter geht die Mitteilung, daß der Landesvorsteher der Deutschen Volkspartei, Rechtsanwalt Steinel, M. d. L. die Niederlegung seines Mandates beantragt. Diese Nachricht ist ebenso frei erfunden, wie wenige Mitteilungen, die von Unstimmigkeiten zwischen Herrn Dr. Mattes und Herrn Steinel wissen wollen. Der Landesvorsteher der Deutschen Volkspartei, Steinel, steht vollkommen hinter den Maßnahmen des Finanzministers Dr. Mattes.

Ehescheidungen in Baden im Jahr 1930.

pa Nach den Feststellungen des Badischen Statistischen Landesamts sind im Jahr 1930 in Baden 1181 Ehen durch Richterspruch rechtskräftig gelöst worden; darunter sind 18 Nichtkirchenkirchenungen von Ehen. Gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der Scheidungen um 82 zugenommen. Dem Wohnort der Ehepaare nach verteilen sich die Ehescheidungen auf 209 Gemeinden. An erster Stelle steht die Stadt Mannheim mit 350 Ehescheidungen, dann folgen Karlsruhe mit 164, Freiburg mit 99, Pforzheim mit 78, Heidelberg mit 64 und Konstanz mit 32. Keine Ehescheidung gab es im Amtsbezirk Wiesloch, nur 1 Ehescheidung in den Amtsbezirken Neckar, Pfaffenbach, Adelsheim und Tauberbischofsheim. Dem Berufe der Männer nach entfielen 6,3 Prozent der geschiedenen Ehen auf die Landwirtschaft, 56,3 Proz. auf Gewerbe und Industrie, 27,2 Prozent auf Handel und Verkehr, 7,8 Proz. auf die sonstigen freien Berufe usw. Nach dem Religionsbekenntnis waren 505

die einen gewaltigen Eindruck machten und die Klangfülle des herrlichen Instruments andachtswürdig zu Gehör brachte. Unter der Begleitung der Orgel sang die Gemeinde das Lied „Gott Vater, aller Dinge Grund“.

Herr Dekan Eisen hielt hierauf die Festpredigt, der er das Schriftwort Psalm 96 zugrunde gelegt hatte: Singet dem Herrn ein neues Lied, denn er tut Wunder. Als ein Wunder sei es zu betrachten, daß die evangelische Gemeinde in der Zeit schwerster Not unter großen Opfern an die Renovierung ihres Gotteshauses und die Beschaffung einer neuen Orgel herangegangen sei. Die Anwesenden mögten der Tiefe dieser Weihstunde eingedenkt bleiben und nicht vergessen, daß die Stimme der Orgel manchmal tiefer dringt, als das gesprochene Wort. Mag die Orgel Wunder tun und wenn diese tief erklingt, die Gemeindemitglieder heranziehen und hineinführen in die Tiefe unseres Glaubens. Der Geistliche schloß, indem er die innere Bedeutung der Weihstunde den Herzen näher brachte, mit den Worten des 118. Psalms: Dies ist der Tag, den der Herr macht, lasst uns freuen und fröhlich darinnen sein.

Der Kirchenchor und die Konzertsängerin Walburg Emma Schick-Heidelberg trugen mit ihren Gesangseinlagen zur Hebung der Feier erheblich bei.

Nach dem Schlußgebet rührte Herr Dekan Eisen noch herzliche Worte des Dankes an alle, welche zu den Instandsetzungsarbeiten und dem Gelingen der Feier beigetragen haben, besonders der hohen Kirchenbediener für ihre Unterstützung, der evang. Gemeinde für ihren Opfergeist und den Handwerkern für ihre gediegene Arbeit. Mit dem gemeinsamen Gesang "Die Gnade unseres Herrn Jesu Christi" schloß die stimmungsvolle und erhabende Feier, die allen Kirchenbesuchern ein tiefes Erlebnis war.

Am Nachmittag fand eine musikalische Feier mit einem umfangreichen Programm statt, in dessen Durchführung sich die Konzertsängerin Walburg Emma Schick und Dr. Walter Leib aus Heidelberg, Hauptlehrer Mag. Grether-Sinsheim und der Kirchenchor unter Leitung seines Dirigenten Hauptlehrer Hoh. Christmann teilten. Hier war Gelegenheit geboten, die neue Orgel in ihrer Vielseitigkeit und ihrem Stimmungsgehalt kennen zu lernen. Herrlich erklangen die Sopran- und Violinoli mit der dezenten Orgelbegleitung und das Orgel solo "Gebet" verbreitete eine geradezu wohhvoll innere Wohlheit durch seine feinfühlige Registerung. In schöner Tonfülle erklang die Orgel bei den Choralspielen und bei der Begleitung des Doppelchors "Gott sei Dank", den der Kirchenchor, welcher mit diesem und zwei weiteren Chören sein hohes Können bewies, zum Schluss der Feier sang.

Über die technische Ausführung der von Orgelbaumeister Berg-Steinsfurt erbauten Orgel werden wir einen besonderen Bericht folgen lassen.

geschiedene Ehen rein evangelisch, 369 rein katholisch, 13 israelitisch; 274 der geschiedenen Ehen waren Mischungen (davon war in 117 Fällen der Mann evangelisch und die Frau katholisch, in 147 Fällen der Mann katholisch und die Frau evangelisch; in 20 Fällen waren beide Ehepartner Angehörige sonstiger Religionsbekenntnisse).

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, den 13. Juli 1931.

= Allgem. Ortskrankenkasse. Die Zahl der Mitglieder unserer Kasse betrug am 1. Juli 31 7274 (7036) und zwar männlich 4214 (4190), weiblich 3060 (2846). Hieron waren vereidigt als versicherungspflichtig 5830 (5605) und zwar männlich 3384 (3377), weiblich 2446 (2228), als freiwillig 1444 (1431) und zwar männlich 830 (813), weiblich 614 (618). Am Stichtag 1. 7. 31 betrug die Zahl der arbeitsfähigen Kranken 146 (144) und zwar männlich 80 (80), weiblich 66 (64). Hieron waren als pflichtversichert gemeldet 113 (109) und zwar männlich 62 (65), weiblich 51 (51), als freiwillig 33 (35) und zwar männlich 18 (15), weiblich 15 (20). Wöchnerinnen wurden gezählt als pflichtversichert 11 (9), als freiwillig versichert 6 (9). Die in Klammern angegebenen Zahlen bedeuten jeweils das Ergebnis vom 1. des Vormontags.

S Das Notgesetz ist verkündet. Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht in der heutigen Nummer 41 das sofort in Kraft tretende Notgesetz über die Änderungen im Staatshaushalt, das inhaltlich den gestern vom Finanzminister gemachten Mitteilungen entspricht.

* Jagd auf wilde Kaninchen. Es besteht vielfach noch die irrite Auffassung, der Fang wilder Kaninchen (Frettchen usw.) sei in Baden auch Nicht-Jagdberechtigte erlaubt. — Die Vollzugsordnung zum Jagdgesetz vom 1. Februar 1928 hat die Kaninchen jagdbar erklärt. Nur die Jagdberechtigte ist daher berechtigt, sich die wilden Kaninchen anzueignen. Nichtjagdberechtigte, die den wilden Kaninchen nahestellen, werden wegen Wildern mit Gefängnis bestraft.

* Einstweilen keine Abänderung über Kraftfahrzeugverkehr. Wiederholte Mitteilungen in der Tagespresse besagen, daß im Reichsverkehrsministerium ein Verordnungsentwurf ausgearbeitet sei, der Änderungen der Kraftfahrzeugordnung bezieht und der, ohne daß der Beirat für das Kraftfahrzeugwesen gehört worden sei, dem Reichsrat vorgelegt werden soll. Diese Nachricht trifft nicht zu. Der Reichsverkehrsminister sieht zur Zeit von derartigen Änderungen ab und beabsichtigt nicht, dem Reichsrat eine Vorlage zu machen.

X Reihen, 11. Juli. (Landwirtschaftliches.) Die Kirchen-, Johanniss- und Stachelbeeren gehen jetzt ihrem Ende entgegen. Die Früchte dieser drei Früchte waren sehr reichlich jedoch wenig gesucht, sodass ein großer Teil der Kirchen nicht verwertet werden konnte. Die zum Teil noch hängenden Früchte gehen durch den Regen der letzten Tage dem Verderben entgegen. Die Johannissbeeren werden größtenteils zur Mostbereitung verwendet. Himbeeren, die hier nur in geringer Zahl angepflanzt werden, kann man gut verkaufen. Die Aussichten auf Zweigfrüchte sind gering, auf Apfel gut bis sehr gut, auf Birnen mittel, Quitten gut. Die Getreideernte steht bis jetzt gut steht bis jetzt gut und verspricht eine bessere Ernte als im vergangenen Jahr, vorausgegelegt, daß das Wetter gut wird. Auch die Reben stehen sehr hoffnungsvoll aus.

= Hilsbach, 11. Juli. (Brand.) Heute Früh zwischen 2 und 3 Uhr rief die Sturmlocke die Ortsbewohner aus dem Schlafe. Das Wohnhaus des Josef Betsch stand in Flammen und nach kurzer Zeit schlugen auch über dem Wohnhaus des Karl Kessel die Flammen zum Himmel. Ein Holzschuppen wurde ebenfalls noch ein Raub der Flammen. Die Brandursache ist noch unbekannt. Besonders tragisch ist, daß die Häuser erst vor kurzer Zeit erbaut wurden. Durch das talkrässige Eindringen der Bürgerwehr wurden die Scheunen gerettet.

= Dieheim, 10. Juli. (Aus Rache) Im vergangenen Frühjahr wurden drei Burschen aus Rauenberg beim Wildern auf Dielheimer Gemarkung angegriffen. Auf Anruf ergreiften die drei Täter die Flucht und konnten unerkannt das Dorf erreichen. Beim Springen vor einer derselben die Mühle, die als Beweismittel diente. Haupt-

